

## AUFGESPIESST

## Die wahren Weltmeister im Verhindern

Die Einladung war reißerisch genug: „Österreich als Verhinderungs-Weltmeister“. Anhand von sieben Fallstudien aus den Jahren 1976 bis 2006 wollte die Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (Wiwipol) beweisen, dass es in Österreich an Infrastruktur mangelt, weil viel zu viel blockiert wird. Zudem war die „verhinderte Infrastruktur“ ohnedies nur ein biederes Ablenkungsmanöver. Denn das mit einer Ausnahme aus Austro-Keynesianern bestehende Podium (bei der Präsentation der Studie) wollte ohnedies nur den von der Realität so oft widerlegten (teuren) Wunderglauben vermitteln, dass mehr Staatsgelder für die Infrastruktur alle Beschäftigungsprobleme lösen würden.

Von den sieben Projekten – AKW Zwentendorf, Hainburg, 380-KV-Leitung Steiermark, Semmering- sowie Lainzer Tunnel, Pyhrn-Autobahn und Schnellstraße Oberes Ennstal – sind nur Zwentendorf und Hainburg wirklich tot. Die anderen fünf sind verzögert. Um dem reißerischen Titel vom Verhinderungs-Weltmeister entsprechen zu können, hat der Geschäftsführer der Gewerkschafts- und SPÖ-nahen Wiwipol von den Landesarbeiterkammern eine Liste von 300 angeblich verhinderten Projekten zusammenstellen lassen. Nun ist die Liste schon obskur genug (was hat ein Hotel auf einem Flakturm mit Infrastruktur zu tun?), schummrig wurde mir endgültig bei der Fallstudie Semmering-Basistunnel, behauptet doch Wiwipol-Chef Rupert Weinzierl, dass „Verzögerungen und Neuplanungen“ bisher zwei Milliarden Euro gekostet hätten!

Was das Ganze noch schlimmer macht, ist, dass dieses Machwerk nicht von AK, ÖGB oder SPÖ finanziert wurde, sondern dass dafür der Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank geblecht hat. In das schreckliche Bild dieser besseren Seminararbeit passt, dass die im Monatsbericht vom Dezember 2005 des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Wifo)

Mit Namen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

vorgenommene Neuberechnung der Infrastrukturinvestitionen unberücksichtigt blieb; klar, wäre damit doch der plakative Titel der Studie nicht mehr zu halten gewesen. Das Wifo bestätigt zwar, dass der Anteil der Infrastrukturinvestitionen am BIP im letzten Jahrzehnt zurückgegangen ist, aber längst nicht in dem von Wiwipol unterstellten Ausmaß.

Weltmeister hin oder her, für meine Kolumne hier ist die Wiwipol-Studie nur der Aufhänger. Mich interessieren hier nicht Verfahrensmängel oder der ungeheure Druck, den der Verbund auf einschlägige Universitätsinstitute ausübt, mir geht es um das Prinzip bzw. um das Projekt an sich. Ich möchte anhand der offenen 97 km in der Hochspannungsleitung (380 KV) zwischen dem steirischen Zwaring und dem burgenländischen Rotenturm zeigen, dass Verhinderer ein zu willkürlicher Begriff ist, wollen doch die Gegner des seit zwei Jahrzehnten umkämpften Lückenschlusses nicht die Strom-Autobahn an sich verhindern, sondern nur die aus ihrer Sicht völlig ungeeignete Ausführung. Denn auch sie wissen, dass die Lücke im Hochspannungsnetz Österreichs Stromversorgung bedroht, diese das Land in einen Norden mit zu viel Strom und in einen Süden mit Strommangel teilen könnte.

Seit einem Jahr liegt das Verfahren in letzter Instanz beim Umweltsenat in Wien. Zum Unterschied von Zwentendorf oder Hainburg, wo es um das bloße Verhindern ging, sind die Gegner der Freileitung in der Steiermark, und das sind keine militanten Umweltschützer, sondern die 32 betroffenen Gemeinden, also nicht GEGEN den Lückenschluss, sie wollen nur keine Freileitung. Statt einer flirrenden Freileitung über Kopf wollen sie diese als Kabel in die Erde legen; deshalb haben sie auch im Juni ein praktisch baureifes alternatives (Kabel-)Projekt zur Vorprüfung im Wirtschaftsministerium eingereicht.

Mit diesem Kabel-Projekt würden etliche Verbund-Behauptungen zu bösen Unterstellungen. So ist das Kabel nicht zehn bis zwölf Mal so teuer (wie der Verbund behauptet), sondern nur 2,6 bis 3,2 Mal – je nachdem, ob das Kabel in der Erde vergraben oder in

einem begehbaren Rohr verlegt wird. Nimmt man die etwas teurere Rohr-Version, dann zerbröseln die nächste Gräuelpopaganda, wonach eine Reparatur eines Kabels 30 oder 40 Mal so lang dauern würde; im Gegenteil, im begehbaren Rohr könnten eventuelle Schäden sofort behoben werden. Nicht zu vergessen: die Betriebskosten eines Kabels sind um einiges geringer als jene der Freileitung, zudem gibt es keine Beeinträchtigungen durch Sturm oder Schnee. Vor allem aber, und das ist der Hauptgrund für die 32 Gemeinden, mit einer Kabeltrasse würde die idyllische Hügellandschaft nicht durch eine Freileitung zerschnitten, würden Höfe und Siedlungen nicht vernichtet bzw. entwertet. Denn zum Unterschied von der Freileitung würde die Kabel-Trasse zu 97 % entlang von Bundesstraßen bzw. von bestehenden Gasleitungen verlaufen.

Das alles aber interessiert den Verbund nicht, er will über die Alternative Kabel gar nicht reden. Für die Stromkonzerne ist das Kabel der befürchtete Sündenfall – wie es dem Geschäftsführer der Verbund-Netztochter APG, Heinz Kaupa, in einem Gespräch herausgerutscht ist: „Wenn wir auch nur EIN Kabel legen, werden wir in ganz Europa keine Freileitung mehr errichten können.“

Wer sind also die Verhinderer? Jene 32 Gemeinden, die ihre kargen Gemeindebudgets riskieren, weil sie ihre Heimat nicht zerstört sehen wollen? Oder sind es nicht vielmehr die Schreibtisch-Attentäter in den Stromkonzernen, die nur stur das machen wollen, was sie immer getan haben? Obwohl sie spüren, dass ihnen der Wind immer stärker ins Gesicht bläst, dass sie in Tourismusregionen keine Chance mehr haben, ihre Freileitungen in die Natur zu knallen? Wie die Gewerkschaften führen sie mit Argumenten von vorgestern den Kampf von gestern gegen die Bevölkerung von heute und die Aufgaben von morgen – nämlich den nur mit grenzüberschreitenden Übertragungsleitungen funktionierenden Strom-Binnenmarkt.

Vielleicht gilt auch hier, dass nichts so stark ist, wie eine Idee (Technologie), deren Zeit gekommen ist.

Matthäus Kattinger

## GASTKOMMENTAR



Hans Kronberger

Publizist, Umweltschützer, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments

Weltgeschichte passiert. Jetzt und hier, und zwar relativ unmerklich von weiten Teilen der öffentlichen Wahrnehmung. In den ersten sechs Jahren des neuen Jahrhunderts haben sich die Kräfteverhältnisse auf dem Planeten Erde stärker verändert, als in den letzten 50 Jahren davor. Der G 8 Gipfel in Sankt Petersburg sollte, ginge es nach dem großen Sieger der Pokerrunde, Vladimir Putin, zur öffentlichen Präsentation des manifestierten Höhepunkts der dramatischen Wende und Neuorientierung der Weltwirtschaft werden. Der Krieg im Libanon hat zwar die prunkvolle Zelebrierung der neuen russischen Position in den Hintergrund treten lassen, am Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahre hat sich aber dadurch nichts geändert.

In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts war die Situation relativ einfach.

dem gesteigerten Energiebedarf Chinas, den strategischen Fehlentscheidungen der USA (Afghanistan, Irak) und dem neuen Selbstbewusstsein der wilden Südamerikaner Venezuela und Bolivien sind die Karten am Pokertisch um die wirtschaftspolitische Weltherrschaft jedoch völlig neu gemischt. Die „einzige Weltmacht“ sieht dabei ziemlich alt aus, und Europa ist auf dem Weg vom Kunden zum Bittsteller. Der Sieger heißt Russland, personifiziert in der Person Putins. Am 15. Juni 2001 gründete Russland mit China die Shanghai Cooperation Organisation (SCO), der sich kurz darauf Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan angeschlossen haben. Indien, die Mongolei, Pakistan und selbst der Iran sind bereits mit im Boot oder klettern zumindest schon an Bord.

Ohne viel Aufsehen ist ein gigantischer wirtschaftlicher Monolith entstanden, wesentlich größer und dynamischer als es die Sowjetunion je war. Was dies für Europa bedeutet, hat Putin im Mai dieses Jahres beim EU-Russland-Gipfel in Sotschi klar und deutlich ausgesprochen. Die Zeit der Vorleistungen Russlands an Europa sei vorbei, und wenn die Europäer (und ihre Medien) an der russischen Politik (gemeint war in erster Linie der Konflikt um die Gaslieferungen in die Ukraine) weiter herumrödeln und mit zweierlei Maß messen, werde man sich mehr oder weniger auf die Erfüllung der bisherigen Verträge beschränken. Eine klare Drohung, die die Europäer nicht so verstanden haben wollen, schließlich hält man sich hierzulande für einen unverzichtbaren Kunden. Die Realpolitik des Pipeline-Baus von Russland nach China ergibt allerdings ein anderes Bild. Putin machte den Europäern klar, dass man sich gegebenenfalls nach neuen Märkten umsehen werde.

## Neuverteilung der Welt

Die Sowjetunion war Ende der achtziger Jahre zerfallen. Um die Energieressourcen kämpften die Kontinentaleuropäer mit Frankreich an der Spitze gegen das bis heute stabile englisch-amerikanische Bündnis (zuletzt tragend im aktuellen Irakkrieg, der schon als verloren angesehen werden kann, denn es fließt kein Öl, sondern nur Blut) in zahlreichen Stellvertreterkriegen vor allem in Afrika. Die USA lagen mit großem Abstand vorne. In der „Neuen Weltordnung“ hat Präsident Bush senior klar verkündet, dass er den Zugriff auf die Ölreserven der Welt für die USA und deren Freunde als Maxime seines politischen Handelns sehe. Die NATO beschloss in ihrer römischen Doktrin, sich für die Sicherung von Rohstoffquellen und Transportleitungen militärisch verantwortlich zu fühlen, und der langjährige Spitzenstrategie des „Kalten Krieges“, Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, akklamierte in einem selbstredenden Meisterwerk der Eigenenttarnung die USA als „einzige Weltmacht“, die es je gegeben hat. Reste, wie der Irakkrieg 1991, Scharmützel von Afrika bis Osttimor und diverse Weichenstellungen in Südamerika, schienen nur noch kleine Nachdonner nach dem reinigenden Gewitter, das der USA die uneingeschränkte Macht gekoppelt mit der ehrenvollen Funktion als Weltpolizist gesichert hatte.

Ein innenpolitisch schwacher Gorbatschow und Trinker Jelzin destabilisierten den sowjetischen Nachfolgestaat, gewiefte ehemalige KP-Funktionäre bemächtigten sich der Öl- und Gasproduktion und wurden über Nacht Milliardäre. Der russische Staat siechte dahin, unfähig seine Schulden zu bezahlen. Und Europa wiegte sich in Sicherheit, immerhin brachten die Russen den treuen Devisenbringer. Die Öl- und Gasversorgung war seit Ende des Zweiten Weltkriegs nie in Frage gestellt worden, obwohl aus Dokumenten der EU-Kommission klar hervorging, dass die aktuelle Fremdenenergieabhängigkeit der EU bei 50 Prozent liege und sich bei gleich bleibender Energiepolitik bis zum Jahr 2020 auf 70 Prozent erhöhen werde. Mit dem seit der Jahrtausendwende galoppierenden Ölpreis, der Renationalisierung der russischen Rohstoffreserven,

lands an Europa sei vorbei, und wenn die Europäer (und ihre Medien) an der russischen Politik (gemeint war in erster Linie der Konflikt um die Gaslieferungen in die Ukraine) weiter herumrödeln und mit zweierlei Maß messen, werde man sich mehr oder weniger auf die Erfüllung der bisherigen Verträge beschränken. Eine klare Drohung, die die Europäer nicht so verstanden haben wollen, schließlich hält man sich hierzulande für einen unverzichtbaren Kunden. Die Realpolitik des Pipeline-Baus von Russland nach China ergibt allerdings ein anderes Bild. Putin machte den Europäern klar, dass man sich gegebenenfalls nach neuen Märkten umsehen werde.

SCO-Mitglied China hat durch Investitionen in den USA praktisch die Währung unterwandert. Da es sich im Wesentlichen um staatliche Gelder handelt, können sie jederzeit strategisch eingesetzt werden. Die „bösen Buben“ der Weltpolitik, früher Saddam, heute Ahmadinejad und Hugo Chavez, drohen, ihre Erdölexporte in Zukunft in Euro zu handeln. Während die Europäer in ihrer amerikanischen Devotheit nie ernsthaft versucht haben, den Dollar als Weltleitwährung in Frage zu stellen, sind die Russen da weniger zimperlich. Am 1. Juli hat der Kreml den russischen Rubel als „frei konvertierbar“ erklärt und ihn als Welt-Reservewährung ins Fenster gestellt. Russland ist bestrebt, ab 21. August dieses Jahres nicht mehr Kunde des „Pariser Clubs“ der Schuldner zu sein, sondern seine Schulden frühzeitig abzudecken. Parallel investiert man zwei Milliarden Dollar in Boliviens Gasindustrie. In Summe handelt es sich bei den Veränderungen der letzten fünf Jahre um eine gigantische Umschichtung der realen Machtverhältnisse. Da die Umschichtung ohne direkte militärische Interventionen vor sich ging, blieb sie von der Weltöffentlichkeit weitestgehend unmerklich. Die damit zusätzlich einhergehenden Veränderungen werden aber unmittelbare Auswirkungen auf unsere Lebenssituation in den nächsten Jahren und Jahrzehnten haben. Daher sollten wir ihnen ein gebührendes Maß an Anteilnahme angedeihen lassen.



Von einer Klangwolke wurden kürzlich Mitarbeiter und Gäste des Raiffeisenhauses Wien beglückt. Die Gardemusik hatte im Foyer Aufstellung genommen, um Raiffeisen-Generalanwalt Christian Konrad zum Geburtstag mit einem zünftigen Ständchen zu überraschen. Unter den Gratulanten: Generalmajor Prof. Johann Culik, Generaldirektor Erwin Hameseder und ORF-Niederösterreich-Landesdirektor Norbert Gollinger.